

Menschenrechtsdialog im Visier

Aufruf zu konkreteren Gesprächen mit China

pfi. Peking · Die aus Hongkong operierende Organisation Chinese Human Rights Defenders (CHRD) und die von den USA aus berichtende Gruppe Human Rights Watch (HRW) haben kürzlich unabhängig voneinander die internationale Gemeinschaft dazu aufgerufen, ihren Menschenrechtsdialog mit China nicht zur öffentlichkeitswirksamen Alibiübung verkommen zu lassen. Im Urteil der Menschenrechtler gilt es, sich gegenüber den Chinesen auf einige wenige, öffentlich gemachte Ziele («Benchmarks») zu konzentrieren und danach entsprechende Fort- oder Rückschritte nachvollziehbar zu verfolgen. Am 13. und 14. Mai soll nach zweijähriger Pause in Washington der erste Menschenrechtsdialog zwischen der Administration Obama und Chinas Regierung stattfinden. Auch die EU und die meisten westeuropäischen Länder inklusive der Schweiz unterhalten ähnliche institutionalisierte Dialoge, über die häufig wenig bekannt wird und die regelmässig Gefahr laufen, zu reinen diplomatischen Ritualen zu werden.

CHRD, welche den Umgang mit Menschenrechten in China wohl am konsistentesten verfolgen und dokumentieren, fordern in ihrem Schreiben die USA dazu auf, sich möglichst auf einige wenige Felder zu konzentrieren, welche auch innerhalb Chinas zunehmend Beachtung finden. CHRD sehen das zunehmend repressive Vorgehen gegen Anwälte, welche sich der Regierung nicht genehmer Menschenrechtsfälle angenommen haben, die Einschränkungen des Internets, Rechte von Arbeitern, Folter sowie Zwangsräumungen und Vertreibungen als die Themen, welche in den letzten Monaten für zunehmende Diskussionen gesorgt haben. Für HRW sind der anscheinend wieder kleiner werdende Freiraum für Nichtregierungsorganisationen, arbiträre Verhaftungen und das Verschwindenlassen von Personen sowie die Verurteilung von Dissidenten wegen Untergrabung der Staatsgewalt zu langjährigen Gefängnisstrafen Grund zur Sorge.

Erst Ende letzter Woche hat ein Pekinger Gericht den Menschenrechtsanwälten Tang Jitian und Liu Wei lebenslänglich ihre Anwaltslizenz entzogen. Als offizieller Grund dafür genügte, dass die beiden angeblich in einem Prozess die Anordnungen des Gerichtspersonals nicht befolgt und die Ordnung gestört hätten. Die Anwälte hatten einen Mandanten verteidigt, der verdächtigt wird, der in China verbotenen Falun-Gong-Gruppe anzugehören.

Am letzten Montag wurde bekannt, dass der berühmte Aids-Aktivist Wan Yanhai «vorübergehend» von Peking in die USA geflüchtet ist, nachdem er und seine Familie von den Behörden offenbar dauernd belästigt und bedroht worden waren. Die Hongkonger «South China Morning Post» berichtete am Dienstag, dass im südchinesischen Guangzhou der nicht staatlich zugelassene christliche Pfarrer Wang Dao von der Polizei verhaftet und abgeführt worden sei. Verschiedene grössere Kirchgemeinden müssten sich in letzter Zeit versteckt im Freien treffen, weil sie aus Versammlungslokalen

vertrieben worden seien. Unter den Betroffenen gehe die Angst um, dass es bereits wieder zu Ende sei mit einer etwas grösseren Toleranz der Regierung gegenüber Religionen und Nichtregierungsorganisationen. Ob es sich um regionale Einzelfälle oder eine allgemeinere Tendenz handelt, ist vorläufig schwer zu beurteilen.